

40 Jahre Krefelder Appell: Orientierungshilfe statt Nostalgie

Frankfurt/M., 15. November 2020

40 Jahre nach der Gründung der Krefelder Initiative und dem Krefelder Appell war am 15.11.2020 im Frankfurter Gewerkschaftshaus eine Veranstaltung diesem historischen Ereignis gewidmet. Meistens wird darin die Initialisierung „der“ Friedensbewegung in den 80er Jahren gesehen. Doch diese Sichtweise greift zu kurz, weil der Krefelder Appell im Kontext von Politik und zivilgesellschaftlicher Entwicklung in den 70er Jahren gesehen werden muss, was von *Frank Deppe* in seinem Referat übersichtlich dargestellt wurde. Auf nationaler Ebene erfolgte nach der Erosion der Nachkriegsordnung in den 60er Jahren in den 70er Jahren ein gesellschaftlicher Linksruck, sowohl parteipolitisch wie auch durch mehr kämpferische und politische Gewerkschaften. Die Neue Ostpolitik unter Willy Brandt, mit der auch der Weg für die KSZE-Schlussakte von 1975 bereitet wurde, muss auch im Kontext der internationalen Verschiebungen in den Ost-West-Kräfteverhältnissen gesehen werden. Dass man die 70er Jahre als Jahrzehnt der Entspannungspolitik bezeichnen kann, war auch darauf zurück zu führen, – so Frank Deppe – dass neben Willy Brandt auch internationale sozialdemokratische Persönlichkeiten wie Olof Palme und Bruno Kreisky entsprechenden Einfluss ausübten. Dennoch blieb Deutschland dabei Frontstaat im Kalten Krieg mit starkem Antikommunismus. Dass der gleichzeitig noch stark vorhandene Pazifismus bis heute noch erhalten geblieben ist, dürfte auch wesentlich dem Krefelder Appell zu verdanken sein.

Sehr stark waren in der zweiten Hälfte der 70er Jahre die Anti-Atomkraft-Bewegung und die Friedensbewegung, die damals über das Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KoFAZ) bereits sehr präsent war. *Horst Trapp* konnte in seinem Redebeitrag auf diese Ursprünge und organisatorischen Anknüpfungspunkte für die Krefelder Initiative verweisen. Vor diesem Hintergrund war deshalb die Krefelder Initiative „nur“ ein Katalysator für das Zusammenwirken verschiedener sozialer Bewegungen und der Entstehung neuer Strukturen, die teilweise noch heute wirksam sind, wie z.B. berufsbezogene Friedensinitiativen. Auch wenn der sogenannte NATO-Doppelbeschluss zur Stationierung von atomaren Pershing II-Raketen und Cruise Missiles hierfür der (für jede Massenbewegung notwendige) Kristallisationspunkt war, kam der Krefelder Appell nur nach schwierigen Diskussionen zustande. Horst Trapp führte aus, dass letztlich nur die Reduzierung auf den Minimalkonsens das Podium ermöglicht habe, das am 15.11.1980 im Seidenweberhaus Krefeld vor knapp 1.000 Teilnehmenden zusammen kam.

Silvia Gingold berichtete über das beispiellose Engagement ihrer Mutter Ety Gingold, die alleine über 13.000 Unterschriften für den Krefelder Appell auf der Straße sammelte. Dieses sollte zu Reflexionen über die Entwicklung der sozialen Kultur in Deutschland führen, die mittlerweile durch unzählige Online-Petitionen geprägt ist, wo per Mausklick zu großen Unterstützerzahlen beigetragen werden

kann. Doch gerade in der gesellschaftlichen Corona-Ausnahmesituation mit monatelanger sozialer Distanz und nur sehr reduzierten Möglichkeiten, Veranstaltungen durchzuführen, müssen wohl die Aktivitäten „auf der Straße“ wieder zum Maßstab politisch wirksamer Aktionen werden.

Katrin Vogler schilderte die damalige Zeit als prägend für die eigene Sozialisierung. Als damals 17-jährige betrat sie mit dem Sammeln von Unterschriften völlig neues Neuland, ohne Anleitung und praktischen Hilfestellungen. Dazu gehörten in ihrem politischen Umfeld auch die Wirrungen mit alternativen Aufrufen gegen die Raketenstationierung.

1980 war noch eine Generation präsent, die den Krieg als prägende und traumatische Erfahrung erlebt hatten. *Werner Ruf* stellte die oft gestellte Frage nach dem schwindenden Bewusstsein für die Kriegsgefahren, die durch die aggressive NATO-Politik der letzten Jahre und Jahrzehnte noch erheblich gesteigert worden sind. In einem Diskussionsbeitrag verwies er gegenüber *Ulrich Wilken* darauf, dass in Deutschland mittlerweile immer mehr Menschen leben, die vor dem Krieg in ihrer Heimat geflüchtet sind, die auch für die Friedensbewegung „auf der Straße“ eine zunehmende Bedeutung haben.

Eindeutig und unstrittig ist heute hingegen eine neue Bündiskonstellation: Versuchte man damals den Krefelder Appell seitens der Gewerkschaftsspitzen (als verlängerter Arm der SPD-Führung) abzublocken, so steht aktuell die Spitze der Gewerkschaften in der sich neu formierenden Friedensbewegung. *Reiner Braun* – damals ein politischer Neuling im Organisationskreis der Krefelder Initiative – erwähnte die am 9. Mai 2020 in der Süddeutschen Zeitung platzierte Anzeige der Initiative „Abrüsten statt Aufrüsten“, die von allen (!) Vorsitzenden der DGB-Einzelgewerkschaften unterstützt wurde. Ein weiteres Novum: Bei den jüngsten Tarifauseinandersetzungen von ver.di wurde auch argumentativ eingebracht, dass über eine Kürzung von Militärausgaben sehr wohl Geld vorhanden sei.

In der Diskussion wurden auch heutige Kontroversen beleuchtet. Erinnerung daran, dass zu den Unterzeichnern des Krefelder Appells nicht nur eine Bandbreite von Kommunisten bis hin auch zu Antikommunisten gehörte, sondern dass man innerhalb der Friedensbewegung selbst mit dem schon damals eher rechts orientierten Friedensforscher Alfred Mechttersheimer in der Friedensfrage gut zusammenarbeiten konnte. Ob heutige Debatten unter dem Stichwort „Abgrenzung gegen rechts“ eher der anders gelagerten politischen Situation oder vielmehr einer eingeengten Debattenkultur geschuldet sind, bleibt deshalb offen.

Das Fazit von *Reiner Braun* lautete: Das unantastbare Prinzip und Identitätsmerkmal der Friedensbewegung „Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg“ gilt nach wie vor. Die zu Zeiten des Krefelder Appells viel größeren inhaltlichen Kontroversen in Zeichen des Ost-West-Konfliktes wurden dennoch in einer solidarischen Form geführt. Wir brauchen im Rückblick auf frühere Kontroversen im Umfeld des Krefelder Appells eine neue Debattenkultur, um Menschen friedenspolitisch zu überzeugen und mitzunehmen.

Karl-Heinz Peil

Die Corona-Pandemie und ihre Folgen für Gesellschaft und Hochschule

Digitale Herbstakademie, 27. bis 29. November 2020

Die letztjährige Herbstakademie des Bunds demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi), der Forschungs- und Informationsstelle beim BdWi (FIB), dem freien Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs) und der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) fand als Videokonferenz statt. Angestrebt war die Analyse aktueller Entwicklungen und die Entwicklung gemeinsamer Strategien zur Verteidigung und Weiterentwicklung einer demokratischen Gesellschaft. Dazu trugen neun Inputs bei, die aus verschiedenen Perspektiven Verlauf und Folgen der Coronakrise nachzeichneten und zur Diskussion anregten. Insgesamt nahmen 40 Kolleg*innen an der Herbstakademie teil (bei relativ hoher Fluktuation).

Einleitend erörterte *Thomas Sablowski* mit seinem Vortrag „Corona und die Vertiefung der Europa-Krise“, dass der Corona-bedingte Wirtschaftseinbruch auf das Nord-Süd-Gefälle in der EU trifft, das auch aus spezifischen Widersprüchen der Integration im europäischen Binnenmarkt resultiert. Die fortwirkenden Spuren der Eurokrise werden überlagert durch eine Pandemie-bedingte Finanzkrise, die diejenigen EU-Staaten besonders hart trifft, welche bereits durch die Eurokrise schwer belastet wurden. Kontrovers wurde dann diskutiert, ob mit der Krisenregulation ein Ende des Neoliberalismus verbunden sei oder nicht.

Katharina Schramm fragte in ihrem Input „Ende der Austerität? Corona und die ‚Schwarze Null‘“, ob die gegenwärtige Finanzpolitik in Deutschland zur Abmilderung der Corona-Folgen ein Ende der Austeritätspolitik markiert. Die Auflage kreditfinanzierter Corona-Hilfspakete durch die Bundesregierung bedeuten ihrer Ansicht nach aber keine Abkehr von der Politik der „schwarzen Null“, sondern sind über eine entsprechende Ausnahmeregelung abgedeckt. Schramm resümierte mit Verweis auf die Wirtschaftskrise 2007 ff., dass massive Staatseingriffe zur konjunkturellen Stabilisierung keine Neuheit und daher auch keinen Bruch mit neoliberaler Wirtschaftspolitik darstellen.

Mit seinem Vortrag „Die Dynamisierung der Vielfachkrise durch Corona“ erläuterte *Alex Demirović* anhand seines Konzepts der Vielfachkrise, wie sich die bereits bestehenden teils reziproken, teils unabhängig zueinanderstehenden Krisendynamiken weiter vertiefen. Diese Verstärkungskreisläufe gelte es zu durchbrechen. Mit Blick auf die Wissenschaften plädierte Demirović für den Erhalt einer wissenschaftlichen Infrastruktur, die kritische wissenschaftliche Kontroversen und Suchbewegungen zulässt, und forderte eine gesellschaftliche Debatte zur Frage der „Systemrelevanz“.

Andreas Fisahn beleuchtete in seinem Beitrag „Bedrohung von Grundrechten und Demokratie?“, in welchem Ausmaß und auf welcher juristischen Grundlage Grundrechte im Zuge der Pandemie-Bekämpfung eingeschränkt wurden. Die Gefahr eines Abrutschens in ein autoritäres Regime sah Fisahn dabei nicht. Aber er monierte die mangelnde Einbindung der Parlamente beim Beschluss von Corona-Maßnahmen und warnte vor einem Gewöhnungseffekt an ein ent-

parlamentarisiertes „Regieren im Ausnahmezustand“ mit einem Machtzuwachs für die Exekutive über Sonderregelungen und kurzfristige Rechtsanpassungen.

Paula-Irene Villa Braslavsky referierte über „Gender und Politik: Krisenpolitik der starken Männer?“ mit einem gendertheoretischen Zugang. Die gegenwärtige Politik sei keine „Politik der starken Männer“, sondern geprägt durch einen vergeschlechtlichten Dezisionismus und ein Prekär-Werden der Trennung von Natur und Gesellschaft. Villa plädierte zudem für einen sehr weit gefassten Care-Begriff, der nicht begrenzt ist auf den Menschen, sondern alles Lebendige in seiner Vernetztheit und seinen nicht autonom zu befriedigenden Bedürfnissen umfasse.

Gudrun Hentges und *Gerd Wiegel* zeichneten in ihrem Vortrag „Geländegewinne in der Krise? Instrumentalisierung der Corona-Pandemie durch die extreme Rechte“ den wechselhaften Umgang der AfD als parlamentarischer Arm der extremen Rechten mit der Corona-Pandemie nach. Sie arbeiteten den Positionswechsel der Partei heraus, die zu Beginn der Pandemie deutlich restriktivere Maßnahmen von der Bundesregierung forderte und sich dabei als „Kümmererpartei“ und als Teil einer „Allparteienkoalition“ zu inszenieren versuchte, während die AfD mit fortschreitendem Pandemiegeschehen zunehmend den verschwörungsideologischen Argumentationsmustern der Querdenken-Bewegung folgt.

Gerhard Hanloser skizzierte unter dem Titel „Coronaleugner? Verschwörungstheoretiker*innen? Querfront? Wer demonstriert gegen die Lockdown-Maßnahmen der Bundesregierung?“ die Entstehung und die Hintergründe der Querdenken-Bewegung. Hanloser zufolge greife es zu kurz, die Bewegung ausschließlich als Tummelplatz der politischen Rechten und von Verschwörungsideolog*innen zu begreifen. Vielmehr bestehe derzeit eine Leerstelle linker, gesellschaftskritischer Stimmen in der Debatte um den politischen Umgang mit der Pandemie, welche die (extreme) Rechte für ihre Mobilisation nutzen könne. Umstritten blieb seine These, dass von einer „Querfront“ keine Rede sein könne.

Francis Seeck stellte mit dem Referat „Auswirkungen der Coronapandemie auf trans, nicht-binäre und queere Personen und Räume“ die Ergebnisse einer ethnografischen Studie zur Sorgearbeit queerer Personen vor. Während die Debatten um die Folgen der Corona-Krise auf Care-Arbeit häufig cis- und heteronormativ geprägt sind, ist queere Infrastruktur infolge der Krise stark gefährdet. Für trans, nicht-binäre und queere Personen, die bereits in prekären Verhältnissen lebten, verschärfen sich Isolation und Prekarität durch die Krise noch weiter. Seeck thematisierte zudem, dass es zum Teil auch innerhalb linker und schwul-lesbischer (Care-)Strukturen zu ableistischen, klassistischen und transfeindlichen Ausschlüssen kommt. Abschließend erläuterte *Mirko Broll* unter dem Titel „...das erste Mal als Tragödie, das zweite Mal als Farce“ – Solidarität in Europa“ die Auswirkungen der europäischen Finanzpolitik auf das griechische Gesundheitswesen. Broll kritisierte die diskursive Verknüpfung von Austeritätspolitik mit (vermeintlicher) Solidarität. Infolge der Corona-Pandemie profitiert der private Gesundheitssektor in Griechenland, wohingegen das öffentliche Gesundheitswesen massiv unterfinanziert und überlastet ist, sodass ein Teil der Gesundheitsversorgung nur noch über ehrenamtlich organisierte, solidarische Apotheken und Praxen abgedeckt werden kann.

In der Abschluss-Debatte wurde zum einen diskutiert, wie die Vielfachkrisen-Dynamiken durchbrochen werden könnten. Zum anderen wurde der Bereich der Hochschulen in den Blick genommen und kontrovers diskutiert, ob und wie Gesundheitsschutz in Pandemie-Zeiten für Hochschulangehörige mit dem Bedürfnis nach Präsenzbetrieb als Voraussetzung für die demokratische Erfahrungs- und Gestaltbarkeit von Hochschule und Wissenschaft in Einklang zu bringen sind.

Christiane Fuchs / Steffen Käthner

27. Friedensratschlag: Weltkriegsgefahren entgegen-treten – Wandel zum Frieden

Kassel, 5. bis 6. Dezember 2020

Wie an jedem ersten Dezemberwochenende fand auch im Jahr 2020 der bundesweite Friedensratschlag statt – dieses Mal im Internet. Am Vortag, Samstag den 05.12.2020, rief die Friedensbewegung mit Gewerkschaften, Fridays for Future, Kunstschaffenden, Sozialverbänden und weiteren Initiativen als Kampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“ bundesweit an über hundert Orten zu gemeinsamen Aktionen auf. *Rainer Hoffmann*, Vorsitzender des DGB, fand für den Anstieg des Verteidigungshaushalts für 2021 mit über 47 Mrd. Euro in seiner Rede bei der Aktion in Berlin klare Worte: „Wie kann es sein, dass der Bundeshaushalt 2021 selbst in Pandemie-Zeiten nur halb so viel Geld für das Gesundheitswesen vorsieht wie für den Rüstungsetat?“

Am Sonntag den 06.12.2020 hörten und diskutierten über 500 Teilnehmer*innen im digitalen Raum aufschlussreiche Vorträge zur Bildung von Analyse und Perspektive. Nach der Eröffnung durch *Klaus Moegling* von der Universität Kassel wurde mit drei Kurzreferaten in die aktuelle Lage und zentralen Aufgaben der Friedensbewegung eingeführt.

Barbara Heller vom Bremer Friedensforum analysierte unter dem Titel „Krise und Krieg“ den Zusammenhang zwischen der vertieften Krise im Kapitalismus und zunehmender Kriegspropaganda und -aktivität. Die strauchelnde Hegemoniemacht USA setze mit Sanktions- und Ausgrenzungspolitik alles daran, ihre Weltmachtposition gegen das aufsteigende China und gegen Russland zu verteidigen. In der aktuellen Krisensituation, die sich seit Mitte 2018 in den Wirtschaftsdaten ankündigte und durch die Corona-Politik nur verschärft worden war, spitze sich die weltweite Konkurrenz um begrenzte Bodenschätze und Absatzmärkte weiter zu. Sie warnte vor einer Weltkriegsgefahr.

Lühr Henken, Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag und Mitarbeiter in der Berliner Friedenskoordination, legte in seinem Vortrag „Atombomber, atomare und konventionelle Aufrüstung... Aufwachen!“ die beiden Hauptpunkte der politischen Auseinandersetzung der kommenden Jahre dar, die von der Friedensbewegung vorrangig angegangen werden müssen: „Die deutsche konventionelle Aufrüstung, die Abermilliarden verschlingt, und deutsche Atombomber, an denen hochpräzise US-Atombomben gehängt werden.“ Er analysiert

dafür die NATO-Übermacht gegenüber Russland: Die NATO-Staaten geben 16-mal so viel für Militär aus wie Russland im Jahr 2019. Auch die NATO-Soldat*innen in Europa übersteigen die russischen um das Vierfache.

Norman Paech, Völkerrechtler an der Uni Hamburg und Friedensaktivist, legte in seinem Vortrag unter dem Titel „Gute Nachbarschaft als Bedingung für Frieden mit Russland“ dar, dass der Kreislauf von Druck und Gegendruck in den internationalen Beziehungen durchbrochen werden müsse. Die imperiale Aggressivität der USA und mit ihr der NATO, die mit der Auflösung der Sowjetunion unverändert geblieben war, müsse in die Grenzen der Vereinbarung von 1990 zurückgewiesen werden. Russland müsse wiederum ein Teil Europas sein. Dafür brauche es Kooperation statt Konfrontation, oder, wie es Norman Paech selbst auf den Punkt brachte: „Allein eine Kultur des Friedens vermag den Fortschritt der Menschheit zu garantieren, der allen Ländern zugutekommen soll.“

Die Inputreferate wurden in drei Arbeitsgruppen vertiefend diskutiert. Einen erheblichen Teil des digitalen Friedensratschlags machten auch die Workshop-Phasen aus, die sich den aktuellen Herausforderungen der Friedensbewegung widmeten. Besonderer Fokus lag in der nachhaltigen Industrieproduktion in Verbindung mit Rüstungskonversion, Rüstungskontrolle sowie der Abrüstung. So stellte bspw. *Anne Rieger*, Psychologin und Soziologin sowie Bundessprecherin des Friedensforums, fest, dass Teile von Politik und Wirtschaft immer offener Kriege zur Ressourcenausbeutung normalisieren. Zuletzt hatte sich BDI-Präsident Dieter Kempf mehr Aufrüstung und militärische Einsätze gewünscht, um die Exportwirtschaft zu schützen. Auch wurden die Verbindung der antikapitalistischen Klimabewegung sowie der Friedensbewegung weiter diskutiert.

Einige Workshops hatten gemeinsam, dass in Zeiten der Aufrüstung auch weitere Perspektiven des Gegenwinds zu entwickeln seien. Ein Beispiel ist die auf dem Friedensratschlag häufig zitierte Greenpeace-Studie, nach der sich 84 Prozent der deutschen Bevölkerung für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland und sogar 92 Prozent für eine Unterzeichnung des UN-Atomwaffenverbotsvertrags aussprechen. Aber auch die Volksabstimmung der Schweiz zur Kriegsgeschäftsinitiative, ist ein großer Erfolg der Friedensbewegung. Trotz der medialen Ruhe um dieses Thema lag die Wahlbeteiligung bei ca. 47 Prozent. Davon stimmten etwa 43 Prozent für ein Finanzierungsverbot für Nationalbank, Stiftungen und staatliche Institutionen bei Unternehmen, die Kriegsmaterial herstellen.

Der ver.di-Vorsitzende *Frank Werneke* verdeutlichte in seinem Grußwort beim Abschlußpodium die sozialen Folgen militaristischer Politik, indem er auf die jüngsten Haushaltsdebatten einging. So berichtete er von dem geplanten Unterfangen des Verteidigungsministeriums, für mehrere zehn Milliarden Euro Kampflugzeuge zu bestellen – unter anderem das F18-Kampflugzeug als neues Atomwaffenträgersystem. Zusammen mit der geplanten Stationierung modernisierter US-Atomwaffen in Büchel wäre dies die bedeutendste nukleare Aufrüstung seit fast 30 Jahren. Statt die öffentlichen Gelder zur Militarisierung zu verwenden, müsse mehr in die öffentliche Daseinsvorsorge, die Existenzsicherung, das Gesundheitswesen, in Kitas und Schulen investiert werden. Ebenfalls stellte er sich gegen das 2%-Ziel der Nato.

Auf dem harmonisch verlaufenden Abschlusspodium diskutierten *Christoph von Lieven* (Greenpeace), *Martin Dolzer* (Volksinitiative gegen Rüstungsexporte Hamburg), *Christoph Ostheimer* (ver.di) und *Lühr Henken* (Friedensratschlag) unter dem Titel „Weltkriegsgefahren entgegentreten – Wandel zum Frieden einleiten“. Einig waren sich die Diskutant*innen, dass die friedenspolitischen Hoffnungen in die neu gewählte Biden-Harris-Regierung relativiert werden müssten und nach wie vor von den USA Weltkriegsgefahr ausginge. Eine weitere Gefahr sahen sie in durch den Klimawandel hervorgerufenen Ressourcenkämpfen auf dem asiatischen Kontinent zwischen Indien und Pakistan einerseits sowie China und den USA andererseits. Ein geteiltes Anliegen war ebenso das gleichberechtigte Zusammenführen von Kämpfen für Frieden, Umweltschutz und Soziales. Das Abschlusspodium zeigte die Möglichkeiten, auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen.

Mittlerweile sind auf Grundlage des Friedensratschlags 2019 Konfliktanalysen und Ansätze aus der Friedensbewegung im Rahmen der „Kasseler Schriften zur Friedenspolitik“ erschienen: „Schluss mit dem Wahnsinn! Abrüsten!“ (Verlag Jenior, Kassel). Eine 90-minütige filmische Dokumentation des 27. Friedensratschlags „Weltkriegsgefahren entgegentreten – Wandel zum Frieden einleiten!“ ist abrufbar unter <https://www.lpr-hessen.de/medienprojektzentren/kassel/>.

Paul Fürst / Franziska Hildebrandt / Yusuf Karaaslan / Jeremiah Nollenberger